

*Herrn  
Präsidenten des Bgld. Landtages  
Christian Illedits  
Landhaus  
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 14. April 2016

**Selbständiger Antrag**

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár,  
Mag. Christian Sagartz, BA, Wolfgang Spitzmüller, Manfred Kölly,  
Kolleginnen und Kollegen betreffend den europaweiten Ausstieg aus der  
atomaren Energiegewinnung**

Der Landtag wolle beschließen:

## **Selbständiger Antrag**

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Wolfgang Spitzmüller, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen betreffend den europaweiten Ausstieg aus der atomaren Energiegewinnung**

Der Burgenländische Landtag hat sich bereits wiederholt für einen europaweiten Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Kernkraft ausgesprochen. Vor allem die Atomkraftwerke in Grenznähe – eines jeweils in Slowenien und in Ungarn, vier Reaktoren in der Slowakei – stellen für das Burgenland ein unverantwortbares Sicherheitsrisiko dar.

Auch wenn die Art der Energiegewinnung und die Energieversorgung in die nationale Kompetenz fällt: Das Gefährdungspotential von Atomkraftwerken macht vor Staatsgrenzen keinen Halt und erfordert einen transnationalen Schulterschluss, der eine Stilllegung aller Kraftwerke bei gleichzeitiger Forcierung der nachhaltigen Energiegewinnung zum letzten Ziel hat. Österreich muss einen strikten Anti-Atom-Kurs vertreten und sich in weiterer Konsequenz auf EU-Ebene massiv für einen Ausstieg aus der Erzeugung von Atomstrom einsetzen. Es darf nicht passieren, dass die Atomkraft 30 Jahre nach Tschernobyl und fünf Jahre nach Fukushima eine ungestörte Renaissance erlebt.

Fünf Millionen Menschen in Weißrussland, der Ukraine und Russland leben noch heute in radioaktiv hoch belasteten Regionen. Eine neue, unabhängige wissenschaftliche Untersuchung der gesundheitlichen Auswirkungen des Tschernobyl-Super-GAU kommt zum Ergebnis, dass in Summe mindestens 40.000 Todesfälle weltweit durch die Reaktorkatastrophe zu beklagen sein werden, bisher über 6.000 Schilddrüsenkrebsfälle diagnostiziert, weitere 16.000 erwartet werden und es erhöhte Inzidenz von Leukämie, Herz-Kreislaufkrankungen und Brustkrebs registriert werden.

Dennoch gibt es auf EU-Ebene noch immer kein Umdenken, Atomkraftwerke werden nach wie vor gefördert. Und dies obwohl sie nicht nur gefährlich sind, sondern nachweislich auch unwirtschaftlich sind. Letztendlich sorgen öffentliche Subventionen aber dafür, dass die Kosten für Atomstrombetreiber weiter im rentablen Bereich bleiben und damit Investitionen in den Bau- bzw. Ausbau von Atomreaktoren nach wie vor stattfinden.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Burgenländische Landtag fordert die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für folgende energie- und umweltpolitischen Ziele einzusetzen:

- für einen europaweiten Ausbaustopp von Atomkraftwerken,
- gegen die Verwendung von EU-Geldern für Laufzeitverlängerungen von Atomanlagen oder zur sonstigen Unterstützung der Kernenergie,
- für eine ausschließliche Verwendung von EURATOM-Gelder nur noch für konkrete, frühzeitige AKW-Stillegungen deutlich vor dem geplanten Laufzeitende der jeweiligen Anlage oder für den Ausbau der erneuerbaren Energien und Energieeffizienzmaßnahmen,
- für einen verbindlichen Plan zum europaweiten Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Kernkraft,
- für die Forcierung nachhaltiger Formen der Energiegewinnung als Ausstiegsweg aus der atomaren Energiegewinnung,
- Sollte keine Richtungsänderung von EURATOM verhandelbar sein, soll ein Ausstieg Österreichs aus EURATOM angestrebt werden.